

Germany-Darmstadt: Accounting and auditing services

OJ S 89/2023 08/05/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften

Postal address: Eschollbrücker Str. 27

Town: Darmstadt

NUTS code: DE711 Darmstadt, Kreisfreie Stadt

Postal code: 64295

Country: Germany

Contact person: Herr Gierer

E-mail: poststelle@uepkk.hessen.de

Telephone: +49 6151-381-256

Fax: +49 6151-381-255

Internet address(es):

Main address: <https://rechnungshof.hessen.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-187dc799670-182fb821f058b2f1

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: www.had.de

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften

I.5. Main activity

Other activity: Öffentliche Finanzkontrolle

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

250. Vergleichende Prüfung "Resilienz und Nachhaltigkeit: Landkreise"

Reference number: K.80.23.05

II.1.2. Main CPV code

79210000 Accounting and auditing services

II.1.3.

Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Der Auftrag wird zu einem Festpreis von 840.000 EUR einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe und aller Nebenkosten vergeben. Auf die Vergleichende Prüfung entfallen 700.000 EUR, Zahlung in fünf Raten und auf den Gesamtbericht (Schlussrechnung) 140.000 EUR.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 705 882,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE711 Darmstadt, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Kommunale Körperschaften im Bundesland Hessen

II.2.4. Description of the procurement

Die 250. Vergleichende Prüfung "Resilienz und Nachhaltigkeit: Landkreise" richtet sich nach dem Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen (ÜPKKG) vom 22. Dezember 1993 (GVBl. I S. 708).

Die Prüfung soll aufzeigen, wie die Landkreise auf die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft vorbereitet sind (Resilienz). Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen und der eingesetzten Haushaltsmittel gelegt.

Prüfungsinhalte sind Vorkehrungen für besondere Gefahren- und Krisenlagen (zum Beispiel Cyberattacken/IT-Sicherheit, Starkregen mit Hochwasser, Dürre mit Waldbrandgefahr, terroristische Anschläge). Dabei soll auch betrachtet werden, wie die Kritischen Infrastrukturen (nach der BSI-Kritisverordnung, z.B. Energieversorger, Krankenhäuser, Informationstechnik und Telekommunikation) der Landkreise geschützt sind.

Der Auftragnehmer wird die Konzepte für den Umgang mit besonderen Gefahren- und Krisenlagen beleuchten, die IT-Sicherheit der kritischen Infrastruktur beurteilen sowie die geplanten Maßnahmen zur Vermeidung und Risikoreduktion bei besonderen Gefahrenlagen bewerten.

Dabei soll auch die Organisation und Einsatzbereitschaft des Katastrophen- und Zivilschutzes (Alarm- und Einsatzpläne, Lager, personelle Besetzung, ABC-Vorkehrungen/Bunker, Zusammenarbeit zwischen den Hilfsorganisationen), mit der Vorsorge verbundene Kosten und etwaige Ergebnisverbesserungspotenziale ermittelt werden.

Am Ende steht die vergleichende Einschätzung, ob die Kommunen auf die besonderen Gefahrenlagen vorbereitet sind und wieviel Mittel sie dafür einsetzen. Ziel sollte sein, zu prüfen, ob mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz ein hohes Vorsorgenniveau erreicht werden kann. Dabei ist neben dem eigenen Mitteleinsatz auch die Auskömmlichkeit der Bundes- und Landesmittel zu beurteilen.

Desweiteren ist zu betrachten, welche Rolle die Landkreise bei der Integration von Flüchtlingen und Migranten spielen, wie das Zusammenspiel mit den anderen Trägern und staatlichen Ebenen funktioniert, welche Mittel eingesetzt wurden und inwieweit die Ausländerbehörden angemessen personell und finanziell ausgestattet sind.

Auch hier sind Empfehlungen zu geben und Ergebnisverbesserungspotenziale abzuleiten.

Der Auftragnehmer wird zudem Feststellungen zur Haushaltsstabilität treffen, die formale Behandlung der Jahresabschlüsse prüfen, die Risikovorbeugung der Körperschaften zur Vermeidung doloser Handlungen untersuchen und die Nachschau vornehmen. Einzelheiten ergeben sich aus dem Merkblatt. Dabei sind der Haushalt, das unterjährige Berichtswesen sowie der Jahresabschluss auf die Existenz und Geeignetheit von Nachhaltigkeitszielen und -kennzahlen zu untersuchen. Besondere Aspekte bei der Haushaltsanalyse im Hinblick auf Nachhaltigkeit sind außerdem das Forderungsmanagement, die Rücklagenverwaltung und Anlagensteuerung sowie ein Tax Compliance Management System. Bei der Risikovorbeugung der Körperschaften zur Vermeidung doloser Handlungen ist außerdem zu prüfen, ob die Landkreise ein Kontrollsystem für die Ausreichung von Zuschüssen (v.a. an freie Träger) eingerichtet haben und wie die Zuschussvergabe gesteuert und kontrolliert wird.

Prüfungsgegenstand: 8 Landkreise, die vergleichend zu prüfen sind. Diese werden im Verhandlungsverfahren aus folgenden 9 Landkreisen ausgewählt: Landkreis Groß-Gerau, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Lahn-Dill-Kreis, Main-Kinzig-Kreis, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Landkreis Offenbach, Rheingau-Taunus-Kreis, Werra-Meißner-Kreis, Wetteraukreis

Prüfungszeitraum ist die Zeit vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2023.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Kreative Ausfüllung des Prüfungsthemas / Weighting: 50,00

Quality criterion - Name: Prüfungsorganisation / Weighting: 25,00

Quality criterion - Name: Prüfungsqualität / Weighting: 25,00

Price - Weighting: 0,00

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 705 882,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/12/2023 End: 30/12/2025

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged number of candidates: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Bepunktung der Vollständigkeit der geforderten Erklärungen/Nachweise (Bewertungsfaktor 2) sowie Angaben nach Ziffer III.1.2 und Ziffer III.1.3 in einer Skala 0 bis 5 multipliziert mit dem angegebenen Bewertungsfaktor.

Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Nachweise jeweils für jeden Teilnehmer der Gemeinschaft getrennt beizufügen.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Der Auftrag wird zu einem Festpreis vergeben.

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder andere geeignete Dritte nach § 5 Abs. 1 Satz 4 ÜPKKG. Ist der Bewerber zu einer solchen Eintragung nicht verpflichtet, ist dies durch eine entsprechende formlose Eigenerklärung nachzuweisen. Die erforderliche Zulassung /Eintragung (Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berufs- oder Handelsregister) ist durch Kopie nachzuweisen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Verbindliche Erklärung einer Versicherungsgesellschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung für Vermögensschäden in Höhe von 5.600.000 € (vgl. § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV)

oder

Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung für Vermögensschäden in Höhe von 5.600.000 € durch aktuellen Versicherungsschein (vgl. § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV).

Anforderungen, die nach Ziffer II.2.9 für die Auswahl bewertet werden:

- Eigenerklärung über Gesamtumsatz und Umsatz in dem Tätigkeitsbereich der öffentlichen Finanzkontrolle insbesondere des Auftrags oder vergleichbare Tätigkeitsbereiche in den letzten drei Geschäftsjahren, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind (vgl. §§ 45 Abs. 4 Nr. 4, 45 Abs.5 VgV (Bewertungsfaktor 1). Es wird darauf hingewiesen, dass bei einem Jahresumsatz von mindestens 1,5 Millionen Euro im Tätigkeitsbereich der öffentlichen Finanzkontrolle die volle Punktzahl erreicht wird.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

- Angabe, welche Teile des Auftrags unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt ist und Nennung der Unterauftragnehmer (vgl. §§ 36, 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV).

Anforderungen, die nach Ziffer II.2.9 für die Auswahl bewertet werden:

- Referenzliste (siehe Vordruck) mit wesentlichen erbrachten vergleichbaren Leistungen in den letzten drei Jahren (vgl. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV mit folgenden Eigenerklärungen (Bewertungsfaktor 2): Art der Leistung, Umfang, Empfänger (öffentliche und/oder private), Ansprechpartner/E-Mail, Erbringungszeitpunkt, Wert. Es wird darauf hingewiesen, dass auch einschlägige Referenzen berücksichtigt werden können, die mehr als drei Jahre zurückliegen (vgl. § 46 Abs. 3 Nr. 1).

- Name, berufliche Qualifikation und Erfahrung der gesamtverantwortlichen Person (gilt auch für die Bewerbergemeinschaft) (vgl. §§ 46 Abs. 1, 46 Abs. 3 Nr. 2, 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV, Bewertungsfaktor 3).

- Namen, berufliche Qualifikation und Erfahrung (gilt auch für die Bewerbergemeinschaft) der Projektleiter, der stellvertretenden Projektleiter sowie des Qualitätsmanagers (vgl. §§ 46 Abs. 1, 46 Abs. 3 Nr. 2, 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV, Bewertungsfaktor 5).

- Namen, berufliche Qualifikation, Erfahrung und geplanter Aufgabenbereich der anderen Personen, die die Leistung erbringen sollen (gilt auch für die Bewerbergemeinschaft) (vgl. §§

46 Abs. 1, 46 Abs. 3 Nr. 2, 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV, Bewertungsfaktor 4). Ausgenommen hiervon sind die Prüfungsassistenten, diese müssen erst im Verhandlungsverfahren benannt werden und werden daher für die Auswahl nicht bewertet.

- Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung (vgl. §§ 46 Abs. 1, 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV, Bewertungsfaktor 2).
 - Eigenerklärung zur durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren (vgl. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV, Bewertungsfaktor 1).
- Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u.a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession Reference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie andere geeignete Dritte nach § 5 Abs. 1 Satz 4 ÜPKKG.

III.2.2. Contract performance conditions

Mit dem Teilnahmeantrag wird eine Erklärung zur Unbefangenheit - Ziffer II.2.4 - (Vordruck "Erklärung / Versicherung") gefordert. Eine Unbefangenheit muss bei mindestens 8 Körperschaften vorliegen (§ 12 HRHG analog).

Es wird um Beachtung der Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen gebeten (siehe Formblatt).

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2.

Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 07/06/2023 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 29/06/2023

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/12/2023

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Dem Teilnahmeantrag ist eine Eigenerklärung (siehe Vordruck, bei Nachunternehmer auch Vordruck Eigenerklärung "Nachunternehmer") beizufügen, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen sowie eine Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen. Falls fakultative Ausschlussgründe vorliegen, sind diese detailliert im Teilnahmeantrag aufzuführen.

Es wird um Angabe einer verbindlichen E-Mail-Adresse gebeten.

Stehen den geforderten Angaben und Formalitäten rechtliche Gründe entgegen, hat der Bewerber diese ausdrücklich zu benennen. Sein Schweigen geht zu seinen Lasten im Sinne fehlender Angaben und Formalitäten.

Informationen über den Ablauf des weiteren Verfahrens entnehmen Sie bitte folgenden Vergabeunterlagen, die elektronisch zur Verfügung stehen (Ziffer I.3), jedoch nicht für den Teilnahmeantrag erforderlich sind: Angebotsaufforderung mit Anlagen

Bei Aufforderung zur Angebotsabgabe wird eine Verpflichtungserklärung nach § 5 Abs. 1 HVTG gefordert. Diese bezieht sich jedoch nicht auf Beschäftigte, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistungen im EU-Ausland erbringen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anfordern wird. Zusätzlich wird vor Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes eine Abfrage von Eintragungen in das Informationsverzeichnis bei der Informationsstelle nach § 17 HVTG durchgeführt.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben.

Die Ausschreibung steht unter dem Vorbehalt der Haushalte des Landes Hessen der Jahre 2024 und 2025.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postal address: Wilhelminenstraße 1-3 (Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2)

Town: Darmstadt

Postal code: 64283

Country: Germany

E-mail: poststelle@rpda.hessen.de

Telephone: +49 6151126603
Fax: +49 6151125816
Internet address: www.rp-darmstadt.hessen.de

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Ist ein Bewerber der Auffassung, dass der Auftraggeber die Bestimmungen über das Vergabeverfahren nicht einhält oder eingehalten hat, kann er bei der unter VI.4.1) genannten Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren beantragen. Ein Antrag ist unzulässig, (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB) wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat oder (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden oder (§ 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden oder (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung gestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder auf elektronischem Weg bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

VI.5. Date of dispatch of this notice

04/05/2023